

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Polizeipräsidenten Leipzig

**Abonnementspreis** für die 2. Hälfte des Monats August einchl. Bringerlohn beträgt 400000 M., bei Selbstabholung 385000 M. — Preis der Einzelnummer 30000 M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und 24598. Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. **Postcheckkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon 18698. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 24598

**Inseratenpreise:** Die 10gepaltene Kolonelleiste 120000 M., bei Plabvorschritt 140000 M.; Familienanzeigen von Privaten die 10gep. Kolonelleiste 50000 M., Reklamezeile 60000 M., Inserate v. auswärtig: die 10gep. Kolonelleiste 140000 M., bei Plabvorschritt 160000 M., Reklamezeile 67000 M., Annahme bis 9 Uhr vorm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Ein nationales Kampfprogramm.

Der Träger des passiven Widerstandes, das Proletariat im Ruhrgebiet, hat bekundet, den passiven Widerstand nach Erfüllung der von uns gestern mitgeteilten Bedingungen aufzugeben. Damit ist eine weitere Brücke geschlagen, um zur Verständigung mit den Befehlshabern, mit Frankreich und Belgien, zu kommen. Zweifellos ist die Umstellung der Ruhrbevölkerung nicht ohne Vorwissen der Reichsregierung erfolgt, und daß diese Wendung im Ruhrgebiet für den Fortgang der Verständigung von außerordentlicher Bedeutung sein wird, das läßt eine Darstellung erkennen, die der Sozialdemokratische Parlamentsdienst unter Hinweis auf die belgische Antwortnote gibt. Er schreibt:

Die belgische Antwort an England beweist, daß die französische und belgische Regierung über die zu regelnden politischen Fragen einig sind, dagegen geänderte Auffassungen über den Zahlungsmodus bestehen. Sie dürfte keine Erleichterung der Lage Deutschlands bringen, ebensowenig aber neue Schwierigkeiten nach sich ziehen und wird deshalb sowohl in London, Paris und Rom als nicht bedeutungsvoll behandelt.

Wiel wichtiger als alle in den letzten Wochen veröffentlichten Noten scheinen uns die diplomatischen Ereignisse der kommenden Tage. Poincaré hat immer wieder seinen Verständigungswillen betont! In den nächsten Tagen dürfte es sich zeigen, ob er eine ihm gebotene Gelegenheit benutzt, seinen Worten praktische Bedeutung zu geben. Er kennt das Verhandlungsprogramm des Reichsministeriums und weiß, daß die Ruhrbevölkerung bereit ist, auf den passiven Widerstand zu verzichten, wenn ihr bestimmte Zusicherungen, die als Voraussetzung zum Wenden betrachtet werden müssen, gemacht werden. Also, hat Poincaré das Wort!

Inzwischen hat auch das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdams) zu der gegenwärtigen Situation Stellung genommen. Der am 28. August gefasste Beschluß lautet:

„Angesichts des Grades der gegenwärtigen Lage appelliert der Internationale Gewerkschaftsbund an das Gewissen und den Friedenswillen des internationalen Proletariats und ruft namentlich die deutschen, englischen, belgischen und französischen Arbeiter zum Handeln auf, um dem Zustand der Spannung ein Ende zu machen, dessen Fortdauer das wirtschaftliche Chaos Europas notwendig verschärfen und mit jedem Tage neue Konflikte schaffen muß.“

Zur Erreichung dieses Zieles hat der Internationale Gewerkschaftsbund von Anfang an die sofortige Feststellung der wirklichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands, die Revision und Annullierung der interalliierten Schulden, die Aufnahme einer internationalen Anleihe und die Durchführung einer Reparationspolitik mittels Sachleistungen durch Zusammenarbeit der deutsch-französischen Arbeit gefordert.

Der IGB erklärt:  
1. daß es Pflicht der deutschen Regierung ist, den kapitalistischen Widerstand zu brechen und jene zu finanziellen Leistungen heranzuziehen, die über die für die Sanierung der Finanzen, die Verbesserung der Existenzbedingungen des deutschen Volkes und die Bezahlung der Reparationsschuld nötigen Mittel verfügen;

2. daß es Pflicht der französischen und belgischen Regierung ist, mit der militärischen Besetzung ein Ende zu machen.

Der IGB erklärt neuerlich, daß eine der wesentlichsten Voraussetzungen der Wiederherstellung friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern der Verzicht auf alle Gewaltmaßnahmen durch die Regierungen und die eheliche Anwendung der oben genannten Mittel ist, die allein eine rasche Lösung der Probleme verbürgen;

daß dieses Resultat nicht durch Einzelaktionen, denen sich die nationalen Interessen entgegenstellen würden, erreicht werden kann, sondern nur durch eine vom höheren Interesse der Menschheit geleitete Gesamtkaktion.“

Bei alledem ist damit zu rechnen, daß mit einem baldigen Abschluß der Ruhraktion zu rechnen ist und da kein vernünftiger Mensch daran denken kann, daß die Franzosen angesichts der gegenwärtigen Situation von ihrer bisherigen Einstellung abgehen werden, gehen die nationalpolitischen Parteien dazu über, ein besonderes Kampfprogramm zu formulieren. Sie haben nach Vorträgen der Abgeordneten Hergt, Dr. Helfferich, Schiele und Dr. Reichert am 28. August eine Entschlieung angenommen, die heute von der deutschnationalen Presse veröffentlicht wird. Das „nationale Kampfprogramm“ fordert:

**Einführung einer Diktatur durch das deutsche Volk.**  
Die Forderungen der Nationalisten werden folgendermaßen formuliert:

1. Fortführung des verstärkten Widerstandes an Rhein und Ruhr.
2. Vergeltungsmassnahmen gegen die vom Feinde auf deutschem Boden verübten Gewalttaten, Ausweitung der französischen und belgischen Mittelbeur der Entente-Kommissionen.
3. Einstellung aller Vertragseleistungen. Wehrbarmachung des Volkes.
4. Abbau der Schuldenlast.
5. Außerordentliche Nachvollkommenheit einer vom Druck der Straße, der Parteien und der Parteifraktion unabhängigen Stelle an Stelle des unzulässigen Reichstagspräsidenten. Bei Verweigerung solcher Vollmachten durch das Parlament Herbeiführung des Volkstagsverfahrens.
6. Selbstschutz der ordnungsliebenden und wirklich arbeitenden Bevölkerung.
7. Nachprüfung der Steueretze, um ihre bedenklichen Auswirkungen zu verhindern.
8. Aufhebung des verteuerten Zwischens- und Kettenhandels.
9. Schaffung eines realfundierten Geldes.
10. Aufhebung aller die Wirtschaft hemmenden Beschränkungen.
11. Maßnahmen zum produktiven Schaffen der Erwerbslosen.
12. Verhinderung der Zuwanderung fremdstämmiger, insbesondere jüdischer Elemente.

Zu dem Programm bemerkt die Deutsche Zeitung: „Zu hoffen ist, daß die Taten der Deutschnationalen jederzeit im Einklang stehen werden mit ihren Programmworten. Die Zeit für Kompromisse irgendwelcher Art muß für immer vorüber sein.“ Bei der Einstellung der faschistischen Deutschnationalen braucht man nicht zu erwarten, daß sie ihre Taten nicht in Einklang mit diesen Programmworten bringen werden. Jedenfalls zeigt das nationalpolitische Kampfprogramm, welche ungeheuren Gefahren wir entgehen und wie die Nationalisten den notwendigen Abbau der Ruhraktion benutzen wollen, um die schon längst geplante Machprobe durchzuführen. Die Absichten der Nationalisten zeigen, wie notwendig es sein wird, daß die Arbeiterklasse zum Kampfe gerüstet sein muß, und zwar durch festgelegte Organisationen. Die Faschisten rechnen bei Ausbruch des von ihnen geplanten Kampfes mit der Selbstverflechtung der Arbeiterklasse und bei der Einstellung der Kommunisten gegenüber dem Abbau der Ruhraktion ist allerdings damit zu rechnen, daß die Nationalisten auf ihre Rechnung kommen. Das aber muß für die sozialistische Arbeiterklasse Deutschlands der Anlaß sein, ihre Kampforganisationen zu stärken. Das sozialistische Proletariat bildet das Fundament der Republik. Es wird zu zeigen haben, ob es seiner historischen Aufgabe gewachsen sein wird.

## Der Beschluß von Mailand.

Wir berichteten unlängst über eine taktische Schwankung, die die italienischen Gewerkschaften gegenüber dem Faschismus vollzogen haben. Nachstehend bringen wir eine Darstellung unseres italienischen C. J.-Mitarbeiters über die gegenwärtigen Strömungen in der italienischen Arbeiterbewegung und über die Bedeutung des in Mailand gefassten Beschlusses.

Mussolini war immer bemüht, entweder mit dem Mittel des Zuckers oder mit der Peitsche die gewerkschaftlichen und zum Teil auch die politischen Organisationen der italienischen Arbeiterschaft zur Mitarbeit für seine Zwecke heranzuziehen. Zuletzt propagierte er den Gedanken, die gesamte italienische Arbeiterbewegung durch ein Rahmengerüst, ähnlich wie das der englischen Labour Party, zusammenzufassen.

Das italienische Proletariat hatte nie eine einheitliche Organisation. In Italien haben immer außer der marxistisch-sozialistischen auch andere Parteien eine Rolle gespielt. Es hatten die Anarchisten bedeutende Massen hinter sich, ebenso die Syndikalisten, die in Italien eine eigene Organisation geschaffen haben. (Unione sindacale italiana).

Der größte Teil der italienischen Arbeiterschaft, die überwiegende Mehrheit der italienischen Proletarier, stand nach dem Kriege im Lager der Confederazione generale del lavoro (Allgemeiner Gewerkschaftsbund). Sie wurde von der sozialistischen Partei Italiens geleitet, die bis zum Jahre 1920 fast die ausschließliche politische Vertretung des italienischen Proletariats hatte. Ende 1920 setzte die reaktionäre faschistische Bewegung in Italien ein und anfangs 1921 spalteten die Sozialistische Partei Italiens an.

So wurde im Januar 1921 durch den Austritt etwa des dritten Teils der Sozialisten aus ihrer Partei die Bildung der Kommunistischen Partei Italiens vollzogen. Das Kräfteverhältnis zwischen Sozialisten und Kommunisten blieb auch in der Confederazione generale del lavoro daselbst, so daß von ungefähr drei Millionen organisierten Proletariern zwei Millionen der sozialistischen und eine Million der kommunistischen Partei folgten. Im Oktober 1922 trat in der sozialistischen Partei eine Spaltung ein. Aus der Partei wurden die Reformisten ausgeschlossen (d. h. die Turati-Gruppe), die eine eigene Partei bildeten.

Momentan haben wir in Italien drei proletarische Parteien: 1. die kommunistische, die fast illegal besteht, und die die italienische Sektion der 3. Internationale bildet, 2. die sozialistische (Bella-Lazzari-Serrati-Gruppe), die augenblicklich keiner Internationale angehört, und 3. die sozialistisch-einheitliche Partei (Turati-Gruppe), die der sozialistischen Arbeiterinternationale angeschlossen ist.

Die Confederazione generale del lavoro wird von Anhängern der Sozialistisch-einheitlichen Partei geführt. Die Zahl ihrer Mitglieder läßt sich heute nicht feststellen; man kann nur sagen, daß von den drei Millionen, die im Jahre 1920 organisiert waren, heute sehr wenige Hunderttausende übriggeblieben. Selbst wo die Organisation bestehen blieb, kann sie nicht funktionieren. Trotdem bildet die italienische Confederazione generale del lavoro als Vertreterin der freien Gewerkschaften und der sozialistischen Arbeiterschaft Italiens immer eine ansehnliche Kraft und deshalb hat Mussolini durch seine parlamentarische Rede ein Mandat eingeholt, um die Reste der roten Gewerkschaften unter seine Herrschaft zu bringen.

Wir wollen heute nicht ausführlich darlegen, wie es möglich war, daß die roten Gewerkschaften von drei Millionen auf einige Hunderttausend zusammenschmolzen. Große Massen, die in den freien Gewerkschaften waren, sind heute in den faschistischen Gewerkschaften zwangsweise organisiert. Das Bestehen einer Organisation, die wie die Confederazione generale del lavoro, auf dem Boden des Klassenkampfes steht, trotdem letztere wiederholt erklärt hat, daß sie eine unpolitische Organisation sei, bildet für die faschistischen Organisationen eine große Gefahr aus folgenden Gründen: 1. weil die roten Gewerkschaften auch auf die zwangsweise faschistisch organisierten Arbeiter eine Anziehungskraft ausüben, so daß die Faschisten immer zu fürchten haben, daß ihre Gewerkschaftsorganisationen wieder zu den freien Gewerkschaften zurückkehren; 2. weil die Taktik und die Agitation der roten Gewerkschaften die Gärung der faschistisch organisierten Massen fördert, die sowieso groß genug ist. Schon in der ersten Zeit seiner Regierung hatte Mussolini als geriebener Demagoge die Zusammenfassung aller bestehenden Gewerkschaften in eine einheitliche Organisation durchführen wollen, die selbstverständlich unter faschistischer Führung stehen sollte. Jetzt glaubt Mussolini, daß die Situation zu einem solchen Versuch reif ist. Er hat daher an die parlamentarischen Vertreter der Confederazione generale del lavoro im Parlament eine klare Aufforderung zur Mitarbeit in der Regierung gerichtet. Die Sozialistisch-einheitliche Partei, der die Führer der Confederazione generale del lavoro angehören, hat in einem vor einigen Tagen gefassten Beschluß gegen jede Art Mitarbeit mit der faschistischen Regierung Stellung genommen.

In den letzten Augusttagen hat nun in Mailand eine Konferenz des italienischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes

## Er mordung einer italienischen Militärkommission.

### Ultimatum Italiens an Griechenland.

Rom, 28. August. Wie die Agenzia Stefani meldet, wurden die italienischen Mitglieder der Grenzsektionskommission für die griechisch-albanische Grenze auf der Straße Janina-Santi Quaranta von Griechen ermordet.

Die ermordeten italienischen Mitglieder der Grenzsektionskommission sind General Tollini, Stabsarzt Corti, Leutnant Bonacini, Dolmetscher Craveri und Chauffeur Farnetti.

Rom, 29. August. Infolge der Ermordung der italienischen Militärmission in Albanien ist der italienische Gesandte in Athen beauftragt worden, Griechenland eine Note zu überreichen, in der Italien folgendes fordert:

1. Entschuldigungen in ausführlichster amtlicher Form an die italienische Regierung, die durch die höchste griechische Militärbehörde dem italienischen Gesandten in Athen zu überreichen sind.
2. Feierlicher Trauergottesdienst für die Opfer des Mordes in der katholischen Kirche in Athen in Gegenwart sämtlicher Regierungsmitglieder.
3. Ehrenbezeugungen für die italienische Flotte durch die griechische Flotte im Pryaz in einer Flottendivision, die sich ausdrücklich zu diesem Zwecke dahin begeben wird.
4. Eine strenge Untersuchung soll von der griechischen Regierung vorgenommen und innerhalb fünf Tagen nach Annahme dieser Forderungen durchgeführt werden.
5. Todesstrafe für alle Schuldigen.
6. Eine Entschädigung von 50 Millionen italienische Lire, zahlbar innerhalb fünf Tagen nach Ueberreichung dieser Note.
7. Militärische Ehrenbezeugungen vor den Leichen der Ermordeten während der Einschiffung auf italienischen Schiffen in Triest.

Die italienische Regierung fordert, daß Griechenland in kürzester Frist antwortet.

Berlin, 30. August. Die Vossische Zeitung gibt eine Meldung der römischen Tribuna aus Tarent wieder, wonach der Teil der italienischen Schiffsflotte, der für die Abhaltung der alljährlichen Flottenmanöver in den Gewässern von Tarent lag, von Rom aus Befehl erhalten habe, die Manöver abzubrechen und sich in voller Kriegsausrichtung zur Abfahrt mit verriegelter Decker bereitzustellen.

## Steigerung der Lebenshaltung abermals um 57 Prozent.

Berlin, 29. August. Nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes ist die Teuerung der Lebenshaltung vom 20. August bis 27. August um 57 Prozent gestiegen. Die Reichsindexziffer (Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung und Bekleidung) beträgt demnach für den Anfang der laufenden Woche 1188 434 gegen 753 783 in der Vorwoche. Die Steigerung ist auf Grund der Preisnachweisung von 24 Städten errechnet worden. Für die vorige Woche hatte sich, infolge des Anschlusses an den nur vierzehntägig vorliegenden Index für den erweiterten Kreis von 71 Gemeinden, ein anderer Teuerungssatz (72,5 Prozent) ergeben, als der aus dem einfachen Mittel in den Wochenberichts-Städten errechnete (54 Prozent). Diesmal kommt eine solche Angleichung nicht in Frage, da eine neue Teuerungssatz aus den 71 Gemeinden nicht vorliegt.

Sonstige Preismessungen über die letzte amtliche Indexziffer sind unrichtig.

**Vorm. 11 Uhr: 1 Dollar = 10 550 000 Mark.**